



# Änderungsanträge

**zum Landesparteitag  
der SPD Baden-Württemberg  
am 19. November 2022  
in Friedrichshafen**

## Berichterstatter:innen

Antragsbereich	Berichterstatter:innen
Arbeitsprogramm	Daniela Harsch René Repasi
Arbeit und Soziales	Daniela Harsch Tim Strobel
Außen- und Sicherheitspolitik	Kevin Leiser Lina Seitzl
Bildung	Viviane Sigg Annkathrin Wulff
Gesundheit und Pflege	Dominique Odar Florian Wahl
Innen und Recht	Leon Köpfler Andreas Woerlein
Sonstiges	René Repasi
Umwelt und Verkehr	Lukas Hornung Viviane Sigg
Initiativanträge	René Repasi Lina Seitzl

## Mitglieder der Antragskommission

Bettina Ahrens-Diez	Heike Baehrens	Stephanie Bernickel
Daniel Born	Lars Castellucci	Jakob Dongus
N.N.	Daniela Harsch	Lukas Hornung
Wolfgang Katzmarek	Birte Könnecke	Leon Köpfler
Kevin Leiser	Judith Marvi	Katja Mast
Dominique Odar	René Repasi	Sarah Schlösser
Lina Seitzl	Viviane Sigg	Katharina Spohrer
Tim Strobel	Huyhn Trong An Tang	Florian Wahl
Jonas Weber	Sebastian Weigle	Boris Weirauch
Annalena Wirth	Andreas Woerlein	Annkathrin Wulff

René Repasi	Vorsitzender
Daniela Harsch	Stellvertreterin
Lina Seitzl	Stellvertreterin

## Impressum

### Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

[www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)

## **Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg**

### **§ 1**

- (1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.
- (2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.
- (3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

### **§ 2**

- (1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.
- (2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.
- (3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

- (4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.
- (5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.
- (6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist
- (7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

### **§ 3**

- (1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.
- (2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

### **§ 4**

- (1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.
- (2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.
- (3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

### **§ 5**

- (1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.
- (2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

# Anträge

## Inhaltsverzeichnis

### Arb - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Arb 01 -Ä03	Änderungsantrag zu Arb 01 KV Stuttgart	8
Arb 01 -Ä01	Änderungsantrag zu Arb 01 ASF Baden-Württemberg	9
Arb 01 -Ä04	Änderungsantrag zu Arb 01 KV Stuttgart	11
Arb 01 -Ä05	Änderungsantrag zu Arb 01 KV Stuttgart	12
Arb 01 -Ä02	Änderungsantrag zu Arb 01 ASF Baden-Württemberg	13
Arb 01 -Ä06	Änderungsantrag zu Arb 01 KV Stuttgart	14

## AS - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AS 01 -Ä10	Änderungsantrag zu AS 01 KV Stuttgart	15
AS 01 -Ä01	Änderungsantrag zu AS 01 ASF Baden-Württemberg	16
AS 01 -Ä02	Änderungsantrag zu AS 01 ASF Baden-Württemberg	17
AS 01 -Ä03	Änderungsantrag zu AS 01 ASF Baden-Württemberg	18
AS 01 -Ä06	Änderungsantrag zu AS 01 KV Karlsruhe-Land	19
AS 01 -Ä05	Änderungsantrag zu AS 01 60 plus Baden-Württemberg	20
AS 01 -Ä07	Änderungsantrag zu AS 01 KV Karlsruhe-Land	21
AS 01 -Ä14	Änderungsantrag zu AS 01 KV Karlsruhe-Stadt	22
AS 01 -Ä08	Änderungsantrag zu AS 01 KV Karlsruhe-Land	23
AS 01 -Ä11	Änderungsantrag zu AS 01 KV Stuttgart	24
AS 01 -Ä12	Änderungsantrag zu AS 01 KV Stuttgart	25
AS 01 -Ä13	Änderungsantrag zu AS 01 KV Stuttgart	26
AS 01 -Ä09	Änderungsantrag zu AS 01 KV Karlsruhe-Land	27
AS 01 -Ä04	Änderungsantrag zu AS 01 ASF Baden-Württemberg	28
AS 02 -Ä01	Änderungsantrag zu AS 02 KV Stuttgart	29
AS 02 -Ä02	Änderungsantrag zu AS 02 KV Stuttgart	30

## AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AUS 02 -Ä01	Änderungsantrag zu AUS 02 KV Stuttgart	31
AUS 02 -Ä02	Änderungsantrag zu AUS 02 KV Karlsruhe-Stadt	32
AUS 02 -Ä03	Änderungsantrag zu AUS 02 KV Schwäbisch Hall	33
AUS 02 -Ä04	Änderungsantrag zu AUS 02 KV Schwäbisch Hall	34
AUS 02 -Ä05	Änderungsantrag zu AUS 02 KV Schwäbisch Hall	35
AUS 02 -Ä06	Änderungsantrag zu AUS 02 KV Schwäbisch Hall	36
AUS 02 -Ä07	Änderungsantrag zu AUS 02 KV Schwäbisch Hall	37
AUS 02 -Ä08	Änderungsantrag zu AUS 02 KV Schwäbisch Hall	38

## B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B 03 -Ä01	Änderungsantrag zu B 03 AfB Baden-Württemberg	39
B 04 -Ä01	Änderungsantrag zu B 04 AfB Baden-Württemberg	40
B 05 -Ä02	Änderungsantrag zu B 05 KV Stuttgart	41
B 05 -Ä01	Änderungsantrag zu B 05 KV Tübingen	42
B 05 -Ä03	Änderungsantrag zu B 05 KV Stuttgart	43

## IR - Innen und Recht

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
IR 11 -Ä01	Änderungsantrag zu IR 11 60 plus Baden-Württemberg	44

## Son - Sonstiges

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Son 01 -Ä01	Änderungsantrag zu Son 01 KV Heidelberg	45

## UV - Umwelt und Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
UV 06 -Ä01	Änderungsantrag zu UV 06 KV Heidelberg	46

## Antrag Arb 01 -Ä03: Änderungsantrag zu Arb 01

Änderungsantrag zu Arb 01

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	Arb - Arbeitsprogramm

### Zeile 22

16 Im Jahr 2021 haben wir uns auf eine sozialpolitische Reise gemacht und in  
17 wesentlichen Fragen wieder ein klares Profil erlangt. In den Feldern  
18 Armutsbekämpfung, Gesundheit, Pflege, Integration, Inklusion, Gleichstellung und  
19 Vielfalt sowie Kinder-, Jugend- und Familienpolitik haben wir Anstöße für eine neue  
20 Sozialpolitik formuliert. Für dieses Arbeitsjahr planen wir einen breiten  
21 Beteiligungs- und Diskussionsprozess innerhalb und außerhalb der Landespartei, um  
22 tiefer in Fragen der Landessozialpolitik einzusteigen, die auch hinsichtlich globaler  
Entwicklungen wie der Klimakrise und geopolitischer Entwicklungen ganz neu diskutiert  
werden müssen. Dazu gehören Überlegungen für  
23 eine sozialpolitische Digitalisierungsstrategie für Baden-Württemberg. Zudem werden  
24 wir bis zum Landesparteitag 2023 ein Konzept für eine sozialdemokratische  
25 Landesarbeitsmarktpolitik entwerfen.

## Antrag Arb 01 -Ä01: Änderungsantrag zu Arb 01

Änderungsantrag zu Arb 01

Antragsteller*in:	ASF Baden-Württemberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	Arb - Arbeitsprogramm

### Zeile 117

114 Für den Erfolg jeder Organisationsentwicklung ist die Entwicklung von  
115 Qualifizierungsangeboten von zentraler Bedeutung. Wir wollen die schon bestehenden  
116 Fortbildungsangebote (FES, Parteischule, Arbeitsgemeinschaften, Landesverband,  
117 Regionalzentren) besser vernetzen und bekannt machen. Ein Teil des Qualifizierungskonzepts wird sein, dass in einem der Schulungsmodule für die neu gewählten Mitglieder von Vorständen der Parteigliederungen das Thema „Gleichstellung“ explizit als solches behandelt wird. In diesem Modul wird über die vorgeschriebenen Quoten, geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Sprache, und die Arten und Weisen, in welchen Vielfalt in der SPD im Parteilalltag gelebt werden kann, informiert. Eine attraktiveres und  
118 erweitertes Qualifizierungsangebot der Landespartei kann jedoch nur gelingen, wenn  
119 wir verbindliche Angebotsstrukturen schaffen und dafür engagierte Hauptamtliche und  
120 Fachleute aus dem Ehrenamt gewinnen. Dazu ist eine zusätzliche hauptamtliche  
121 Koordinierung und Betreuung in der Landesgeschäftsstelle erforderlich. Im kommenden  
122 Arbeitsjahr soll ein eigenes Qualifizierungskonzept durch den Landesvorstand  
123 erarbeitet werden.

### Begründung

Der Landesvorstand schreibt es in Zeile 55 und 56, und auch sonst ist es seit jeher erklärtes Ziel der SPD in Baden-Württemberg: Der Frauenanteil unter den Mandatsträger:innen muss erhöht werden. Auch insgesamt muss mehr Vielfalt in Gemeinderäten, Kreistagen, dem Landtag und dem Bundestag einziehen, in der Form von Migrant:innen, queeren Personen und jüngeren Menschen. Dies ist insbesondere Aufgabe der SPD, derjenigen Partei, welche für Vielfalt steht. Solches setzt jedoch voraus, dass die genannten Personengruppen zunächst einmal innerhalb der Partei gefunden und gefördert werden. Sie sollen auch nicht ins kalte Wasser geworfen werden, sondern nach ihrer Wahl gut auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet werden, damit sie sich gut zurechtfinden können. Gerade für neu gewählte Vorstandsmitglieder ist es wichtig, dass sie sich als die Person angenommen fühlen, die sie auch sind. Dazu gehört, dass sie wissen, durch welche parteiinternen Regeln sie gefördert werden. Für alle Vorstandsmitglieder ist es notwendig zu wissen, wie sie das Ziel Vielfalt in ihrem alltäglichen Parteihandeln umsetzen. Dies sind einerseits die Quoten, welche dafür sorgen, dass Listen diversifiziert werden, dies sind aber auch die Regeln zum gendern, welche dafür sorgen, dass sich auch jede Person gemeint und angesprochen fühlt, unabhängig

davon, wer sie oder er ist, das sind Themen wie Alltagssexismus und Alltagsrassismus und parteiinterne Routinen, welche unbewusst die Chancengleichheit aller Personen hemmen. Ein Aufmerksammachen im Rahmen der Weiterbildung für neugewählte Vorstandsmitglieder bildet eine wichtige Maßnahme, flächendeckend und auf allen Ebenen Vielfalt und Chancengleichheit zu leben.

## Antrag Arb 01 -Ä04: Änderungsantrag zu Arb 01

Änderungsantrag zu Arb 01

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	Arb - Arbeitsprogramm

### Zeile 124

124 Frauen und Diversität nachhaltig fördern und stärken

## Antrag Arb 01 -Ä05: Änderungsantrag zu Arb 01

Änderungsantrag zu Arb 01

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	Arb - Arbeitsprogramm

### Zeile 125 - 127

- 125 Wir ~~werden weiterhin größten Wert auf die Förderung von Frauen~~ legen. Die großen Wert  
darauf, dass unsere Partei die gesellschaftliche Realität abbildet. Dazu gehört der Abbau von  
Hindernissen und gezielte Förderung von gesellschaftlichen Gruppen, die bislang bei  
Mitgliedern, Kandidierenden, Mandatstragenden unterrepräsentiert sind. In Bezug auf die  
Förderung von Frauen wird die Arbeit der
- 126 Arbeitsgruppe des Landesvorstands ~~soll~~ daher auch im kommenden Arbeitsjahr
- 127 fortgeführt ~~werden~~. Die Arbeitsgruppe wird dem Landesvorstand im Herbst 2022 konkrete
- 128 Umsetzungsschritte vorschlagen, um hinderliche Strukturen für Frauen abzubauen und
- 129 gezielt junge Frauen nachhaltig zu fördern. Hierzu wird ein Mentoring-Programm
- 130 entwickelt.

## Antrag Arb 01 -Ä02: Änderungsantrag zu Arb 01

Änderungsantrag zu Arb 01

Antragsteller*in:	ASF Baden-Württemberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	Arb - Arbeitsprogramm

### Zeile 130

125 Wir werden weiterhin größten Wert auf die Förderung von Frauen legen. Die Arbeit der  
126 Arbeitsgruppe des Landesvorstands soll daher auch im kommenden Arbeitsjahr  
127 fortgeführt werden. Die Arbeitsgruppe wird dem Landesvorstand im Herbst 2022 konkrete  
128 Umsetzungsschritte vorschlagen, um hinderliche Strukturen für Frauen abzubauen und  
129 gezielt junge Frauen nachhaltig zu fördern. Hierzu wird ein Mentoring-Programm  
130 entwickelt.

Der Landesvorstand wird außerdem eine Ombudsstelle auf Landesebene einrichten, an die sich Frauen wenden können, wenn sie in der Partei Nachteile aufgrund ihres Geschlechts erfahren haben und sich auf Bundesebene für die Einrichtung einer solchen Ombudsstelle einsetzen.

## Antrag Arb 01 -Ä06: Änderungsantrag zu Arb 01

Änderungsantrag zu Arb 01

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	Arb - Arbeitsprogramm

### Zeile 130

125 Wir werden weiterhin größten Wert auf die Förderung von Frauen legen. Die Arbeit der  
126 Arbeitsgruppe des Landesvorstands soll daher auch im kommenden Arbeitsjahr  
127 fortgeführt werden. Die Arbeitsgruppe wird dem Landesvorstand im Herbst 2022 konkrete  
128 Umsetzungsschritte vorschlagen, um hinderliche Strukturen für Frauen abzubauen und  
129 gezielt junge Frauen nachhaltig zu fördern. Hierzu wird ein Mentoring-Programm  
130 ~~entwickelt.~~entwickelt. Auf dieser Erfahrung baut der Landesvorstand auf und entwickelt  
gemeinsam mit entsprechenden Arbeitsgemeinschaften und Gruppierungen Vorschläge, um  
auch für Menschen aus weiteren in der Partei unterrepräsentierten Gruppen, ein Engagement  
für die Partei attraktiv zu machen.“

## Antrag AS 01 -Ä10: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 129

121 • dass Armut nicht weiterhin Grund für Ungerechtigkeiten in unserem Justizsystem  
122 bleiben darf. Wer sich keinen Rechtsbeistand leisten kann, muss schneller und  
123 unmittelbarer eine Pflichtverteidigung zur Verfügung gestellt bekommen. Unser  
124 Ziel ist es außerdem, den Anteil von Ersatzfreiheitsstrafen erheblich zu  
125 reduzieren. Im Gefängnis sollte nur sitzen, wer zu einer Freiheitsstrafe  
126 verurteilt wurde. Als SPD Baden-Württemberg setzen wir uns zudem dafür ein,  
127 Straftaten, die häufig in engem Zusammenhang mit Armut stehen, wie  
128 beispielsweise das Schwarzfahren, als Tatbestand aus dem Strafgesetzbuch zu  
129 streichen.

- Das Bürger\*innengeld soll eine Wende in der Arbeitslosenversicherung darstellen: neu, fairer, mit besseren Chancen für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und einer „Vertrauensperiode“, in denen die Sanktionierung der Grundsicherung ausgesetzt ist. Eine Vertrauensperiode ist nicht ausreichend. Die Sanktionen sind in jedem Fall abzuschaffen. Bei ALG2, künftig Bürger\*innengeld, handelt es sich um eine Grundsicherung, welche sich nach den niedrigsten Lebenserhaltungskosten richtet. Wird dieser Satz gekürzt, ist ein menschenwürdiges (Über-)Leben unter keinen Umständen mehr möglich.

## Antrag AS 01 -Ä01: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

<b>Antragsteller*in:</b>	ASF Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 183

- 183 • medizinische Versorgungszentren in nicht gewinnorientierter Trägerschaft weiter ausbauen  
und Bestrebungen hin zu  
184 kooperativen Versorgungsstrukturen wie beispielsweise  
185 Berufsausübungsgemeinschaften intensivieren.

## Antrag AS 01 -Ä02: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

Antragsteller*in:	ASF Baden-Württemberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 187

- 187 • ~~eine Stärkung von Selektivverträgen der Krankenkassen.~~

## Antrag AS 01 -Ä03: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

<b>Antragsteller*in:</b>	ASF Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 218

- 217 • das Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken und die Versorgungssicherheit bei  
218 Schwangerschaftsabbrüchen herstellen. Sie ~~sollen~~müssen Teil der ärztlichen Aus- und  
219 Weiterbildung sein. Die Möglichkeit zu kostenfreien Schwangerschaftsabbrüchen  
220 gehört zu einer verlässlichen Gesundheitsversorgung. Sogenannten  
221 Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegner:innen treten wir wirksam entgegen.

## Antrag AS 01 -Ä06: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Land
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 269

- 266 • in Ballungsräumen barrierefreie „Gesundheits-Kioske“ einrichten und damit  
267 sicherstellen, dass es ein leicht zugängliches und barrierefreies Angebot vor  
268 Ort gibt, bei dem Menschen in Fragen von Gesundheitsförderung, Krankheit und  
269 Pflege Informationen und Unterstützung bekommen.
- Gesundheitspräventionsmaßnahmen in Kommunen fördern z.B. durch Outdoorfitnessparks (Fitnesskampagne für The Länd) oder Sportboxen.

## Antrag AS 01 -Ä05: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

Antragsteller*in:	60 plus Baden-Württemberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 337 - 338

- 337 • pflegende Angehörige besser unterstützen, z.B. indem wir die ~~Kurzzeit- und~~  
338 Tagespflege weiter ausbauen sowie den gravierenden Mangel an Kurzzeitpflegeplätzen  
durch eine auskömmliche Finanzierung und die Einbeziehung neuer Pflegemodelle  
beseitigen.

## Antrag AS 01 -Ä07: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Land
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 337 - 338

- 337 • ~~pflegende Angehörige besser unterstützen, z.B. indem wir die Kurzzeit- und~~  
338 ~~Tagespflege weiter ausbauen.~~
- pflegende Angehörige besser unterstützen, z.B. indem wir die Kurzzeit- und Tagespflege weiter ausbauen und fördern.
  - Finanzialisierung in der Pflege stoppen und gemeinwohlorientierte Träger unterstützen.
  - Pflegedienstleiter von unnötiger Bürokratie entlastet werden, damit mehr Zeit ist für die wesentliche Arbeit: die Pflege von Menschen.

## Antrag AS 01 -Ä14: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 340

- 339 • bei der Rund-um-die-Uhr-Betreuung gute und sichere Arbeit für Betreuungskräfte  
340 und eine bestmögliche Versorgung für Pflegebedürftige ermöglichen  
341 • sich dabei möglichen prekären Arbeitsbedingungen von zugewandertem  
Betreuungspersonal in der 24-Stunden-Betreuung in Privathaushalten widmen.

## Antrag AS 01 -Ä08: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Karlsruhe-Land
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 368

- 368 • eine Investitionsförderung für gemeinnützige/gemeinwohlorientierte Pflegeheime durch  
369 das Land. Gemeinsam mit den  
370 Kommunen wollen wir eine zu zwei Dritteln vom Land und zu einem Drittel von den  
371 Kommunen finanzierte Investitionsförderung einführen. In einem ersten Schritt  
372 soll der Kostenrichtwert angehoben werden. Ziel ist es, das Investitionsbudget  
bedarfsgerecht einzusetzen und sinnvoll mit der Pflegeplanung zu verzahnen.

## Antrag AS 01 -Ä11: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 423

423 Selbstbestimmt Leben, eigenständig und barrierefrei mit dem ÖPNV fahren, in der eigenen  
Wohnung leben,  
424 den Lebensunterhalt selbstständig bestreiten oder einmal unabhängig verreisen - für  
425 zu viele Menschen mit Behinderung sind das noch immer unerfüllbare Träume. Aus der in  
426 Deutschland 2009 in Kraft getretenen UN-Behindertenrechtskonvention ergibt sich ein  
427 klarer Auftrag für die Inklusionspolitik: Menschen mit und ohne Behinderungen sollen  
428 gleichberechtigt gemeinsam leben können.

## Antrag AS 01 -Ä12: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 494

- 493 • dass der Qualitätsrahmen Inklusion auch die SBBZ umfasst. Wir fordern eine
- 494 deutliche Entlastung der Schulleitungen an SBBZ und der Schulleitungen an allgemeinbildenden Schulen, die Inklusion umsetzen.

## Antrag AS 01 -Ä13: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 527

524 • durch einen Aktionsplan in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, Arbeitsagenturen und  
525 weiteren Stakeholdern endlich eine Trendwende schaffen, damit Werkstätten für  
526 Menschen mit Behinderung wieder stärker als Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt  
527 fungieren.

- prüfen, wie Mitarbeitende, die in Werkstätten für Behinderte beschäftigt sind, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insoweit gleichgestellt werden können, dass sie den von ihnen lange geforderten Mindestlohn erhalten.

## Antrag AS 01 -Ä09: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Land
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 547

547 ~~Wir~~Auf Grundlage gemeinsamer Werte streben wir ein gutes Zusammenleben aller Menschen  
in Baden-Württemberg an. Im Kern  
548 geht es um gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen für alle - unabhängig  
549 von der Herkunft. Der Rechtsstaat muss so handlungsfähig ausgestattet sein, dass er  
550 die gemeinsamen Spielregeln durchsetzen kann. Die beste Integrationspolitik ist  
551 daher, Politik für alle Menschen zu machen, Recht für alle Menschen durchzusetzen und  
552 das gute Zusammenleben mit allen Menschen einzuüben. Deshalb wollen wir gemeinsam als  
553 treibende Kraft der Gesellschaft auch allen Tendenzen kraftvoll entgegentreten, die  
554 die unveräußerlichen Menschenrechte in Frage stellen, auch innerhalb migrantischer  
555 Communities. Wir wollen Migration nicht in Phasen denken, sondern als Normalität.  
556 Integration ist eine Gestaltungsaufgabe auf Dauer. Wir müssen von Projektförderungen  
557 wegkommen und mehr dauerhafte Finanzierung von Integrationsprogrammen sicherstellen.  
558 Wo Migrant:innenselbstorganisationen im Bereich der Sozial- und Wohlfahrtspflege  
559 tätig werden, brauchen sie eine institutionelle Grundfinanzierung und Förderung.

## Antrag AS 01 -Ä04: Änderungsantrag zu AS 01

Änderungsantrag zu AS 01

Antragsteller*in:	ASF Baden-Württemberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 712

- 709 • dass Anlaufstellen wie Frauenhäuser, Mädchenzentren und Gesundheitsberatungen  
710 auch in der Fläche gut ausgebaut sind, damit der Zugang zu Unterstützung bei  
711 Bedarf schnell, niederschwellig und unkompliziert möglich ist. Auch die Bedarfe  
712 **besonders vulnerabler Gruppen, wie geflüchteter Frauen, Frauen mit Behinderungen ,Opfer**  
713 **von organisierter sexualisierter Gewalt**  
oder queerer Menschen wollen wir bewusst berücksichtigen.

## Antrag AS 02 -Ä01: Änderungsantrag zu AS 02

Änderungsantrag zu AS 02

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 128

119 Der Kapazitätsmarkt kann nach Produktionsart selektiert werden. Langfristig sollte  
120 der Markt dahingehend aufgespalten werden, dass auf dem Hauptmarkt hauptsächlich die  
121 erneuerbaren Energien gehandelt werden und dabei ein entsprechend günstigerer Preises  
122 zustande kommt. Da dabei die Gefahr besteht, dass die Produktion durch die  
123 natürlichen Verhältnisse (kein Wind bei Nacht etc.) schwankt und der Bedarf zeitweise  
124 nicht gedeckt werden kann, bedarf es eines Reservemarktes, auf dem das Bereithalten  
125 von Kapazitäten durch kurzfristig einsetzbare Kraftwerke vergütet wird. Diese sollten  
126 nicht die Regelkapazitäten abdecken, da dies den Ausbau der erneuerbaren Energien  
127 hemmt. Bestenfalls sind Reservekraftwerke langfristig ebenso klimafreundlich, indem  
128 die Reservekapazität bspw. durch Pumpspeicherkraftwerke abgedeckt wird.

Die Versorgung mit Energie, Strom, Wasser gehört zur Daseinsversorgung. Wir wollen, dass öffentliche Unternehmen wie Stadtwerke in ihrer Rolle zur Sicherstellung einer Energieversorgung gestärkt werden. Sie sollen langfristig bezahlbare Preise garantieren und die Versorgung der Bevölkerung und Unternehmen vor Ort sicherstellen. Deshalb sollen sie zur Angebotsabgabe verpflichtet werden.

## Antrag AS 02 -Ä02: Änderungsantrag zu AS 02

Änderungsantrag zu AS 02

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### Zeile 164

160 Die Entlastung für hohe und Spitzeneinkommen, wie sie im Vorschlag des  
161 Finanzministers geplant sind, halten wir nicht für erforderlich. Die Ausgaben des  
162 Staates werden in den nächsten Monaten und Jahren steigen. Diese Lasten müssen  
163 solidarisch und damit entsprechend von breiteren und leistungsfähigen Schultern  
164 verstärkt getragen werden. Deshalb muss die Progressionswirkung auch für hohe und  
Spitzeneinkommen wiederhergestellt werden. Der Spitzensteuersatz für höhere Einkommen  
muss erhöht und der drei Prozentpunkte über dem Spitzensteuersatz liegende sogenannte  
Reichensteuersatz bereits bei zu versteuernden Einkommen ab 130.000 Euro angewandt  
werden.“

## Antrag AUS 02 -Ä01: Änderungsantrag zu AUS 02

Änderungsantrag zu AUS 02

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### Zeile 40

35 Davon unbenommen ist unser unbedingter Wille, es nie zum Gewalteinsetz kommen zu  
36 lassen, den Frieden zu bewahren und wiederherzustellen. In sozialdemokratischer  
37 Tradition gilt das Primat von Diplomatie und ziviler Konfliktbewältigung für uns auch  
38 heute uneingeschränkt. „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute  
39 schießen“ bleibt unsere Leitlinie. Friedenspolitik ist mit dem 24. Februar nicht  
40 weniger relevant geworden. Im Gegenteil.

Wir fordern deshalb,

1. am Primat der nicht-militärischen Konfliktbearbeitung festzuhalten und die Politik der  
Krisenprävention fortzuführen,

2. die Fortentwicklung einer friedenspolitischen Strategie, die als Basis eines zielgerichteten  
abgestimmten Handelns der Bundesregierung fungiert und u.a. folgendes beinhaltet:

a) Weiterentwicklung des Aktionsplans von 2004,

b) bessere Abstimmung und Koordinierung der Arbeit verschiedener Ministerien zum Thema  
„Zivile Krisenprävention- und Konfliktbearbeitung“ und ein abgestimmtes Vorgehen des  
Auswärtigen Ausschusses, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung, des Haushaltsausschusses und des „Unterausschusses Zivile Krisenprävention,  
Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“,

c) substantielle institutionelle Förderung der Friedensorganisationen, insbesondere durch  
Verbesserung der Rahmenbedingungen für effektivere und nachhaltige Maßnahmen  
zivilgesellschaftlicher Organisationen im Ausland durch

- Anpassung der Bundeshaushaltsordnung, damit die internen Vergabevorgaben die häufig  
langfristigen friedensfördernden Transformationsprozesse unterstützen statt behindern

- Programmfinanzierung, d.h. Förderung langfristiger Programme und Projekte (z.B. 10 bis 15  
Jahre) und

- institutionelle Förderung lokaler Partner (Infrastruktur, Personalkosten, laufende Kosten,  
Qualifizierungsprogramme)

3. die Entwicklung entsprechender ziviler Instrumente zu fördern,

4. die Stärkung der Bewusstseinsbildung zum Thema „Zivile Krisenprävention- und  
Konfliktbearbeitung“ und mehr politische Rückendeckung z.B. durch öffentlichkeitswirksame  
Herausstellung.

## Antrag AUS 02 -Ä02: Änderungsantrag zu AUS 02

Änderungsantrag zu AUS 02

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### Zeile 41

41 ~~Wertebasierte Außenpolitik und Feminist Foreign Policy~~

#### Konfliktprävention und nachhaltige Friedenssicherung

42

Krisenprävention, Konfliktbewältigung und nachhaltige Friedensförderung sowie Versöhnungsarbeit gelingen nur mit zivilen und gewaltfreien Instrumenten. Ihrem nationalen und internationalen Ausbau muss hohe Priorität und mehr politische Rückendeckung gewidmet werden. Besonderes Augenmerk gilt hierbei den Friedensorganisationen, die als komplementäre Partner der staatlichen Außenpolitik zu sehen sind.

Friedensorganisationen, die sich häufig über Spenden und Mitgliedsbeiträge finanzieren müssen, benötigen eine substantielle institutionelle Förderung. Dafür sind neue Prioritäten im Bundeshaushalt erforderlich. Auch eine Programmfinanzierung, das heißt Förderung langfristiger Programme und Projekte (zum Beispiel mit einer Dauer von 10 bis 15 Jahren), sowie eine institutionelle Förderung lokaler Partner in den Krisenregionen stärkt die zivile Friedensarbeit.

43

#### Wertebasierte Außenpolitik und Feminist Foreign Policy

## Antrag AUS 02 -Ä03: Änderungsantrag zu AUS 02

Änderungsantrag zu AUS 02

Antragsteller*in:	KV Schwäbisch Hall
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### Zeile 74

60 Als ganzheitliches Fundament unserer Außenpolitik verstehen wir dieses Konzept als  
61 universell anwendbar und sehen uns in der Verantwortung danach zu handeln. Deshalb  
62 verfolgen wir einen R2P Ansatz, der vergangene Versäumnisse und offensichtlichen  
63 Missbrauch in dessen Anwendung aufarbeitet und daraus Handlungsanweisungen für die  
64 Zukunft ableitet. In einem ersten Schritt ist es unser Ziel,  
65 Menschenrechtsverletzungen und dafür oft verantwortliche Krisensituationen zu  
66 verhindern (Prevent). Dafür wollen wir globale Beobachtungs- und  
67 Durchsetzungsmechanismen stärken und ausbauen. Wo Menschenrechtsverletzungen  
68 auftreten, leiten menschliche Sicherheit und der Fokus auf die vulnerabelsten Gruppen  
69 unser Handeln (React). Dabei stärken wir den vorhandenen Rechtsrahmen und beziehen  
70 die Perspektive der Betroffenen vor Ort ein. Nach dem Ende der Krisensituation gilt  
71 es eine zukünftige Eskalation zu verhindern, dafür nötige Strukturen (wieder-  
72 )aufzubauen und Gerechtigkeit durchzusetzen (Prevent). Wenn konsequent verfolgt und  
73 umgesetzt, stärken diese Schritte auch die regelbasierte internationale Ordnung und  
74 damit wiederum den 3R+D Ansatz.

Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen im Rahmen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes vom Deutschen Bundestag mandatiert werden. Wir begrüßen, dass der Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition eine regelmäßige Überprüfung laufender Auslandseinsätze sicherstellt.

### Begründung

So werden die bestehende Rechtspraxis und die Neuerungen der Ampel-Koalition (vgl. Zeilen 5077f. des Koalitionsvertrages) eingefügt.

## Antrag AUS 02 -Ä04: Änderungsantrag zu AUS 02

Änderungsantrag zu AUS 02

Antragsteller*in:	KV Schwäbisch Hall
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### Zeile 151

141 Zugleich wird sich Europas Rolle auf der Weltbühne verändern. Denn der 24. Februar  
142 markiert für die EU genauso eine Zeitenwende wie für Deutschland. Will Europa als  
143 normative Macht auf der Weltbühne bestehen, wird dem zivilen Engagement und der  
144 Vermittlungsrolle eine stärkere militärische Komponente hinzuwachsen müssen. Das wird  
145 notwendig sein, um externen Aggressoren wie Russland die Stirn bieten zu können in  
146 einer Zeit, in der ungewiss bleibt, wie sehr und wie lange sich Europa auf die  
147 Unterstützung der Vereinigten Staaten verlassen kann. Europa muss die Fähigkeit  
148 erwerben, sich unabhängig verteidigen zu können. Der damit einhergehenden neuen Rolle  
149 muss die EU gerecht werden und sie nutzen, um global aktiv für ihre Werte  
150 einzutreten. Dabei bleibt unser langfristiges Ziel das Aufgehen nationalstaatlicher  
151 Militärs in eine gemeinsame europäische Parlamentsarmee. Auslandseinsätze der  
Bundeswehr müssen im Rahmen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes vom Deutschen  
Bundestag mandatiert werden. Wir begrüßen, dass der Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition  
eine regelmäßige Überprüfung laufender Auslandseinsätze sicherstellt. Ein erster Schritt auf  
dem  
152 Weg dorthin kann die Einrichtung einer vom Europäischen Parlament kontrollierten  
153 Eingreiftruppe sein.

### Begründung

So werden bewährte Kooperationen in den Antragstext aufgenommen.

## Antrag AUS 02 -Ä05: Änderungsantrag zu AUS 02

Änderungsantrag zu AUS 02

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Schwäbisch Hall
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### Zeile 151

141 Zugleich wird sich Europas Rolle auf der Weltbühne verändern. Denn der 24. Februar  
142 markiert für die EU genauso eine Zeitenwende wie für Deutschland. Will Europa als  
143 normative Macht auf der Weltbühne bestehen, wird dem zivilen Engagement und der  
144 Vermittlungsrolle eine stärkere militärische Komponente hinzuwachsen müssen. Das wird  
145 notwendig sein, um externen Aggressoren wie Russland die Stirn bieten zu können in  
146 einer Zeit, in der ungewiss bleibt, wie sehr und wie lange sich Europa auf die  
147 Unterstützung der Vereinigten Staaten verlassen kann. Europa muss die Fähigkeit  
148 erwerben, sich unabhängig verteidigen zu können. Der damit einhergehenden neuen Rolle  
149 muss die EU gerecht werden und sie nutzen, um global aktiv für ihre Werte  
150 einzutreten. Dabei bleibt unser langfristiges Ziel das Aufgehen nationalstaatlicher  
151 Militärs in eine gemeinsame europäische Parlamentsarmee. Ein **erstweiterer** Schritt auf dem  
152 Weg dorthin kann die Einrichtung einer vom Europäischen Parlament kontrollierten  
153 Eingreiftruppe sein.

### Begründung

So werden bewährte Kooperationen in den Antragstext aufgenommen.

## Antrag AUS 02 -Ä06: Änderungsantrag zu AUS 02

Änderungsantrag zu AUS 02

Antragsteller*in:	KV Schwäbisch Hall
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### Zeile 179

168 Dialogbereitschaft ohne Wehrhaftigkeit ist wirkungslos. Das haben auch Willy Brandt  
169 und Helmut Schmidt verstanden. Die neue Ostpolitik war auch deshalb erfolgreich, weil  
170 sie getragen war von einer militärischen Position der Stärke. Während die beiden  
171 deutschen Staaten große Schritte aufeinander zuzogen, wuchs der Wehretat der  
172 Bundesrepublik so stark an wie nie. Drei Prozent der Wirtschaftsleistung fielen dem  
173 Verteidigungsministerium zu. 2021 waren es noch 1,3 Prozent. Diesen Aspekt hat die  
174 deutsche Außenpolitik der letzten Jahre verkannt. Sie hat sich auf die  
175 Sicherheitsgarantien der Vereinigten Staaten verlassen, Verteidigung auch aus  
176 Bequemlichkeit bewusst outgesourct. Den Stimmen unserer osteuropäischen Partnerländer  
177 haben wir keine Bedeutung geschenkt, uns gar besserwisserisch über ihre Ängste  
178 erhoben und dabei moralisch überlegen gefühlt. So darf es nicht weitergehen.

179 Deutschland muss seiner Verantwortung in Zukunft gerecht werden. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat den Aufbau eines europäischen Luftverteidigungssystems angeregt. Hierzu haben bereits 15 Staaten eine gemeinsame Absichtserklärung unterschrieben. Dies ist eine starke Führungsleistung unseres Bundeskanzlers und Beispiel gebend dafür, Staaten aus West- und Osteuropa zusammenzuführen.

### Begründung

Dies greift die aktuellen Entwicklungen auf und stellt unser Führungsverständnis klar, bei dem es nicht um Alleingänge geht, sondern darum, zusammenzuführen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat dieses Führungsverständnis in einem Gastbeitrag für die FAZ skizziert: „Darauf lässt sich aufbauen, wenn Deutschland in dieser schwierigen Zeit Verantwortung für Europa und in der Welt übernimmt. Führen, das kann nur heißen: zusammenführen, und zwar im doppelten Wortsinn. Indem wir zusammen mit anderen Lösungen erarbeiten und auf Alleingänge verzichten. Und indem wir, als Land in der Mitte Europas, als Land, das auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs lag, Ost und West, Nord und Süd in Europa zusammenführen.“

*Bundesregierung: Gastbeitrag des Kanzlers in der FAZ. Nach der Zeitenwende; veröffentlicht am 18.07.2022; URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/faz-bk-ukraine-2063006>; Zugriff am 16.10.2022; zitiert als Bundesregierung.*

## Antrag AUS 02 -Ä07: Änderungsantrag zu AUS 02

Änderungsantrag zu AUS 02

Antragsteller*in:	KV Schwäbisch Hall
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### Zeile 228 - 233

228 An den Export von ~~Rüstung und Waffen~~Rüstungsgütern setzen wir hohe ethische  
Anforderungen. Die  
229 ~~Einhaltung dieser moralischen Standpunkte sehen wir in der aktuellen~~  
230 ~~Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland nicht repräsentiert und fordern~~  
231 ~~deswegen weiter eine Überarbeitung von Abläufen~~bestehenden Exportregelungen müssen  
jedoch angepasst werden, ~~Gesetzen und Entscheidungsfindungen~~  
232 ~~im Rahmen unserer Beschlusslage. Hierfür sollen auch die Haupt- Jugend- und~~  
233 ~~Auszubildendenvertretungen der Bundeswehr die notwendigen Fachkompetenzen~~  
~~einbringen~~um europäischen Rüstungskooperationen zu erleichtern.

### Begründung

Europäische Rüstungsprojekte sind multinational aufgestellt. Um Kooperationen zu erleichtern, braucht es Anpassungen bei den Exportregelungen.

Dies entspricht auch dem Geist des Antrags, der die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in eine europäische einbetten möchte (vgl. Zeile 128f.).

Unsere Verteidigungsministerin Christine Lambrecht setzt sich ebenfalls für eine entsprechende Anpassung ein.

*Bundesministerium der Verteidigung: Grundsatzrede zur Sicherheitsstrategie. Streitkräfte wieder in den Fokus rücken; veröffentlicht am 13.09.2022; URL: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/grundsatzrede-zur-sicherheitsstrategie-5494864>; Zugriff am 16.10.2022.*

## Antrag AUS 02 -Ä08: Änderungsantrag zu AUS 02

Änderungsantrag zu AUS 02

Antragsteller*in:	KV Schwäbisch Hall
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### Zeile 236 - 239

234 Wir halten es für selbstverständlich, dass Deutschland seiner Verantwortung damit auf  
235 internationaler Ebene gerecht wird, indem es einen Beitrag zur Konfliktprävention und  
236 Friedenssicherung leistet. ~~Davon ist jedoch unbenommen, dass Deutschland-~~  
~~NATO-,~~ Gleichzeitig stehen wir zu unseren Bündnis- und Beistandsverpflichtungen in NATO und  
EU-  
237 ~~und NATO-gleichgestellte.~~ Die umfangreiche Unterstützung Deutschlands für die Ukraine  
zeigt, dass auch eine Unterstützung weitere Staaten, ~~aber auch gewisse Drittstaaten im-~~  
~~Rahmen der Charta-~~  
238 ~~der Vereinten Nationen im Verteidigungsfall unterstützt, auch ggf. mit der Lieferung von-~~  
239 ~~Waffen- und Rüstungsgütern~~ Waffenlieferungen im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen  
erforderlich sein kann.

## Antrag B 03 -Ä01: Änderungsantrag zu B 03

Änderungsantrag zu B 03

Antragsteller*in:	AfB Baden-Württemberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung

### Zeile 5

- 3 Wir kritisieren den geplanten Wegfall des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache  
4 der Schlüssel zur Welt ist“ und bitten die SPD-Bundestagsfraktion, sich gegen die  
5 Kürzung und für den Erhalt der Sprach-Kitas einzusetzen. Dabei ist bei diesem Thema das  
Land in der Pflicht. Sprachförderung in Kindertagesstätten ist originäre Aufgabe des Landes.  
Die Landesregierung muss ihre Blockadehaltung aufgeben und die Finanzierung der Sprach-  
Kitas übernehmen.

## Antrag B 04 -Ä01: Änderungsantrag zu B 04

Änderungsantrag zu B 04

Antragsteller*in:	AfB Baden-Württemberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung

### Zeile 14

- 8 Energiewende und Klimawende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe können jedoch nur  
9 gelingen, wenn sich dieser Trend umkehren lässt. Zu diesem Zweck fordern wir die  
10 Einrichtung eines landesweiten runden Tisches zur Berufsorientierung in Baden-  
11 Württemberg. Vertreter:innen der Ministerien sollen gemeinsam mit der Arbeitsagentur,  
12 den Gewerkschaften, den Kammern, den Unternehmen und den Vertreter:innen der am  
13 Schulleben Beteiligten konkrete Maßnahmen erarbeiten, um die Berufsorientierung in  
14 sämtlichen Schularten, insbesondere den allgemeinbildenden Gymnasien, voranzutreiben  
15 und die berufliche Bildung in der öffentlichen  
16 Wahrnehmung und Wertschätzung voranzubringen. Denn nur mit mehr Berufsbildung und mit  
17 mehr Fachkräften wird die wirtschaftliche Transformation gelingen, die uns  
18 Energiekrise und Klimakrise aktuell abverlangen.

## Antrag B 05 -Ä02: Änderungsantrag zu B 05

Änderungsantrag zu B 05

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung

### Zeile 2 - 6

- 1 Schwimmen in Baden-Württemberg sichern - energieeffizient und klimaneutral
- 2 Schon während der Pandemie waren es vor allem die Jüngsten unserer Gesellschaft, die unter den veränderten Bedingungen sowie den damit einhergehenden Einschränkungen zu leiden hatten. Kinder und Jugendliche gehören damit zu den Verlierer:innen von Covid-19.
- 3 Viele Kinder in Baden-Württemberg können nicht schwimmen. Dies liegt auch daran, dass
- 4 Schwimmen als Teil des Sportunterrichts selten stattfindet und immer mehr
- 5 Schwimmbäder geschlossen werden. Nach aktuellen Zahlen der DLRG lernen nur noch 26
- 6 Prozent der Kinder das Schwimmen in der Grundschule - ein Weckruf für die
- 7 Landespolitik!
- Außerdem sind Schwimmbäder mehr als ein Lernort. Es sind Treffpunkte in der Kommune, im Stadtviertel wo die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen zusammenkommen. Schwimmbäder bieten für Menschen in beengten Wohnverhältnissen Freiraum, für Kinder, deren Familien das Geld für Ausflüge oder Urlaub fehlt, einen Raum zum Austoben. Kurz: ein Raum für Begegnung und Bewegung. Deshalb müssen neben Schwimmzeiten für Kurse, Schule und Vereine auch immer öffentliche Nutzungszeiten gewährleistet sein. Was von Steuerzahler:innen bezahlt wird, muss auch von ihnen nutzbar sein, auch ohne Vereinsmitglied zu sein oder einen Kurs zu belegen. Wer in Krisenzeiten an solchen öffentlichen Orten spart, leistet sozialen Spannungen Vorschub“

### Zeile 7 - 10

- 7 ~~Schon während der Pandemie waren es vor allem die Jüngsten unserer Gesellschaft, die~~
- 8 ~~unter den veränderten Bedingungen sowie den damit einhergehenden Einschränkungen zu~~
- 9 ~~leiden hatten. Kinder und Jugendliche gehören damit zu den Verlierer:innen von Covid-~~
- 10 ~~19.~~

## Antrag B 05 -Ä01: Änderungsantrag zu B 05

Änderungsantrag zu B 05

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung

### Zeile 62

50 **Auflage des langfristig angelegten “Förderprogramm energieeffiziente Bäder in Baden-**  
51 **Württemberg”** mit einem jährlichen Fördervolumen von 150 Millionen Euro. Die Förderung  
52 des Landes ist dabei gedeckelt auf 50% der Investitionskosten bzw. maximal 10  
53 Millionen Euro je Projekt. Die Mittel sind an die Sanierung bzw. den Neubau von  
54 Schwimmbädern nach dem Passivhaus-Konzept gebunden. In ersten Modellprojekten  
55 konnten  
56 dabei rund 70% der Wärmeenergie und 40% des Strombedarfs eingespart werden. Zu den  
57 geforderten Maßnahmen des Förderprogramms gehört entsprechend des Passivhaus-  
58 Konzeptes u.a. die entsprechende thermische Isolierung von Außenwänden und  
59 Glasfronten. Außerdem müssen Lüftungsanlagen grundsätzlich mit automatischen Reglern  
60 und Wärmerückgewinnung verbaut werden. Durch digitale Vernetzung kann der Betrieb von  
61 Lüftungsanlagen so an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Um die notwendige  
62 Energie- und Wärmegewinnung möglichst effizient und nachhaltig zu gestalten, setzen  
63 **wir auf Wärmepumpen sowie ~~perspektivisch mit grünem Wasserstoff~~ mit anderen Konzepten**  
64 **der Sektorkopplung betriebene**  
65 Blockheizkraftwerke. Damit wollen wir unsere Bäderlandschaft vielfältig und  
66 zukunftsicher machen. Dazu gehört nicht zuletzt, die Bäder nachhaltig aufzustellen  
67 und die Klimaziele zu erreichen.

## Antrag B 05 -Ä03: Änderungsantrag zu B 05

Änderungsantrag zu B 05

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung

### Zeile 66 - 81

~~66 Einsetzung eines "Fördertopf Seepferdchen" in Höhe von 2 Mio Euro jährlich. Daraus  
67 soll das Förderprogramm für Anfängerschwimm-AGs der Stiftung Sport in der Schule  
68 Baden-Württemberg mit jährlich 1 Mio. Euro aus Landesmitteln unterstützt werden. Das  
69 erfolgreiche Programm ermöglicht die Einrichtung außerunterrichtlicher Schwimm-AGs im  
70 Grundschulbereich und leistet so einen wichtigen Beitrag für flächendeckenden  
71 Schwimmunterricht. Das Land soll hierbei außerdem auf eine Überprüfung und ggf.  
72 Anpassung der entsprechenden Fördersumme pro Schwimm-AG hinwirken. Mit weiteren 1  
73 Mio. Euro sollen Vereine, Initiativen und Projekte unterstützt werden, die wichtige  
74 Arbeit für das Schwimmenlernen in Baden-Württemberg leisten. Dazu zählen Schwimmkurse  
75 bereits vor dem Grundschulalter, Unterricht für Schüler:innen der weiterführenden  
76 Schulen, entsprechende Kurse für Erwachsene und Angebote, die sich auf besondere  
77 Zielgruppen konzentrieren, z.B. Kinder von Geflüchteten. Vereine und Initiativen  
78 sollen sich unkompliziert durch einen digitalen Antrag auf die Mittel des Landes  
79 bewerben können. Mit diesem Topf unterstützen wir die Bemühungen von Schulen und  
80 Kommunen, flächendeckend Schwimmunterricht anzubieten und stärken Akteure, die  
81 bestehende Lücken in der Versorgung schon heute durch ihr Engagement schließen.~~

### Einsetzung eines "Fördertopf Seepferdchen" in Höhe von 2 Mio Euro jährlich.

82

Der Förderfonds steht den Kommunen zur Verfügung, um Personalengpässe beim Angebot öffentlicher Schwimmkurse auszugleichen. Diese Angebote stehen den Schulen zur Verfügung und werden in Absprache mit ihnen entwickelt, damit alle Kinder Zugang zu den Kursen haben, auch die, deren Eltern vielleicht nicht den Schritt zu einer Kursanmeldung gehen.

Mit weiteren 1 Mio. Euro sollen Vereine, Initiativen und Projekte unterstützt werden, die wichtige Arbeit für das Schwimmenlernen in Baden-Württemberg leisten. Dazu zählen Schwimmkurse bereits vor dem Grundschulalter, Unterricht für Schüler:innen der weiterführenden Schulen, entsprechende Kurse für Erwachsene und Angebote, die sich auf besondere Zielgruppen konzentrieren, z.B. Kinder von Geflüchteten. Vereine und Initiativen sollen sich unkompliziert durch einen digitalen Antrag auf die Mittel des Landes bewerben können. Mit diesem Topf unterstützen wir die Bemühungen von Schulen und Kommunen, flächendeckend Schwimmunterricht anzubieten und stärken Akteure, die bestehende Lücken in der Versorgung schon heute durch ihr Engagement schließen.

## Antrag IR 11 -Ä01: Änderungsantrag zu IR 11

Änderungsantrag zu IR 11

Antragsteller*in:	60 plus Baden-Württemberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### Zeile 54

46 4. Die Landesregierung muss unsere Kommunen besser informieren. Änderungen und  
47 Vorgaben zur Umsetzung der digitalen Verwaltung haben in der Vergangenheit zu  
48 wenige Kommunen in Baden Württemberg erreicht. Sie muss den Kommunen transparent  
49 erklären, was ihre Aufgabe in Bundes- und Landesgesetzen ist und wie sie darin  
50 vom Land Unterstützung bekommen können. Zwar gibt es bereits vereinzelte  
51 Weiterbildungsangebote, aber sie reichen für über 1.000 Kommunen in Baden-  
52 Württemberg bei weitem nicht aus. Wir fordern Anleitungen (per Video), Best-  
53 Practice-Beispiele, zentrale Handreichungen und Schulungen für

54 Verwaltungsfachkräfte, die unseren Kommunen bei der Umsetzung helfen.

5. Die Kommunen tragen bei zunehmender Digitalisierung eine besondere Verantwortung, um allen Bevölkerungsgruppen durch Barrierefreiheit im Netz die Teilhabe zu erleichtern und durch Qualifizierungs- und niederschwellige Beratungsangebote besonders auch der älteren Generation den Zugang zu den digitalen Dienstleistungen zu ermöglichen.

## Antrag Son 01 -Ä01: Änderungsantrag zu Son 01

Änderungsantrag zu Son 01

Antragsteller*in:	KV Heidelberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	Son - Sonstiges

### Zeile 4

- 3 Kein Mandatsträger, keine Mandatsträgerin der SPD soll in seiner oder ihrer  
4 offiziellen Funktion, die Fußball-WM 2022 in Katar besuchen.

Die SPD Baden-Württemberg und ihre Gliederungen von Ortsvereinen und Kreisverbänden  
boycottiert die Fußball-WM in Qatar und führt keine Public Viewings durch.

Die SPD BW schließt sich dem Aufruf von [www.boycott-qatar.de](http://www.boycott-qatar.de) an.

## Antrag UV 06 -Ä01: Änderungsantrag zu UV 06

Änderungsantrag zu UV 06

Antragsteller*in:	KV Heidelberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

### Zeile 2

- 2 Öffentliche Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen, müssen so um- und ausgebaut werden, dass
- 3 alle Menschen gleichwertig Zugang haben.

### Zeile 5 - 6

- 5 Die historischen ~~Gebäude~~öffentlichen in der BRD werden zurecht unter Denkmalschutz gestellt, da
- 6 die Nachwelt sich nicht nur an den öffentlichen Gebäuden erfreut, sondern sie auch an manche
- 7 unschönen Dinge in der Geschichte erinnern soll.

### Zeile 8

- 8 Allerdings können diese öffentlichen Gebäude von Rollstuhlfahrer/innen und Menschen mit
- 9 Gehbehinderung oftmals nicht genutzt bzw. besucht werden, da ein barrierefreier
- 10 Zugang fehlt. Begründung: Kein barrierefreier Zugang wegen Denkmalschutz!

### Zeile 11

- 11 Das heißt: Die jeweiligen öffentlichen Gebäude würden angeblich verunstaltet werden, die Menschen
- 12 würden die herkömmliche Architektur nicht mehr erkennen und der geschichtliche Wert
- 13 würde verloren gehen.

### Zeile 15

- 15 Alle denkmalgeschützten öffentlichen Gebäude müssen für Rollstuhlfahrer/innen und Menschen mit
- 16 Gehbehinderung zugänglich werden.

### Zeile 21

- 20 Ich denke, dass es in unserem Land genügend Architekten/innen gibt, die ein

- 21 historisches öffentliches Gebäude so gestalten können, dass ein barrierefreier Zugang
- 22 dementsprechend gestaltet werden kann und somit das Altertum mit der Moderne
- 23 verbunden wird, sodass der Charme des Gebäudes erhalten bleibt.

## **Begründung**

Die Aufforderung, dass alle denkmalgeschützten Gebäude barrierefrei umgebaut werden sollen, würde auch alle privaten Wohngebäude betreffen. Die Verpflichtung ist zu weit gehend. Daher die Begrenzung auf öffentliche historische Gebäude, um den Antrag zu präzisieren.